Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 188. Sonnabend, 14. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 4/5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, pünktliche Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 34 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag gerichtlich eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: i. V.: R. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Reichsfinanzen.

BR. Man hatte dem ehemaligen Reichsfinanzminister Schlieben daraus einen Vorwurf gemacht, daß durch seine Steuerpolitik die Voranschläge im Staatshaushalt stets überschritten worden sind. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hatte daher die Steuern ermäßigt, um der Kritik, die seine Partei an der Steuerpolitik Schliebens geübt hatte, zu entgehen. Niemand wird bestreiten können, daß die Schliebensche Thesaurierungspolitik damals den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprach. Die Anforderungen, die damals an den Staat gestellt wurden, hatten diese Politik durchaus notwendig gemacht.

Nachdem der neue Reichsfinanzminister zahlreiche Steuern herabgesetzt hatte, waren die Staatseinnahmen naturgemäß kleiner geworden, und die ersten Monate dieses Jahres hatten sogar ein nicht unbeträchtliches Defizit zu verzeichnen. Im Juli überstiegen allerdings die Staatseinnahmen die Ausgaben, sodaß das Defizit jetzt ausgeglichen ist; und wenn man die bisherigen Monatsdurchschnitte auch für den Rest des Jahres zugrunde legt, wird sich auch am Ende des Jahres kein Fehlbetrag im Reichshaushalt einstellen. Es ist selbstverständlich zu begrüßen, daß die Befürchtungen, die man angesichts der Reinholdschen Steuerpolitik hegen mußte, gegenstandslos zu werden scheinen. Trotzdem wird man nicht leugnen können, daß das Steuersenkungsprogramm des Reichsministers ein Experiment war und ist, das ebenso leicht auch anders hätte ausfallen können. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist der Steuerpolitik der Regierung zu Hilfe gekommen. Ohne Besserung der wirtschaftlichen Lage, die sich vor allem in den letzten Monaten besonders bemerkbar gemacht hat, wäre es unseres Erachtens niemals möglich gewesen, ein Haushaltdefizit zu vermeiden. Das geht auch schon daraus hervor, daß in den ersten Monate dieses Jahres, die für die Wirtschaftsverhältnisse den Tiefpunkt der Depression bedeuteten, die Einnahmen nicht ausreichten, um die Staatsausgaben zu decken und so der Voranschlag von den Eingängen nicht erreicht wurde. Das Steigen der Reichseinnahmen ging Hand in Hand mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Das geht ferner aus der Tatsache hervor, daß die Einnahmen gerade aus den Steuern, die durch die Konjunktur außerordentlich beeinflußt werden, gestiegen sind. So ist z. B. von der Umsatzsteuer für Börsengeschäfte ein größerer Betrag als im Vormonat aufgebracht worden, obwohl diese Steuer von der Reichsregierung halbiert worden war. Der Grund dafür ist in dem außerordentlich gesteigerten Geschäft an der Börse zu suchen. Aber nicht die Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer hat dieses erhöhte Geschäft verursacht, sondern die haussehnliche Kursentwicklung in den letzten Monaten steigerten den Umsatz in ungeahntem Maße. Die Steuerpolitik des Reiches ist dafür also nicht verantwortlich. Auch der Eingang aus der 10prozentigen Lohnabzugssteuer ist beträchtlich gewachsen. Ein Beweis dafür, daß die Durchschnittseinkommen in Deutschland gestiegen sind; denn die Arbeitslosigkeit ist in diesem Zeitraum nicht kleiner geworden. Der letzte Punkt ist besonders wichtig, weil die Einnahmen aus der Lohnabzugssteuer überhaupt den größten Teil der Reichseinnahmen ausmachen. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die mit einer allgemeinen Lohnherabsetzung verbunden wäre, müßte die Einnahmen aus diesen Steuern erheblich drücken, sodaß es schließlich doch noch möglich ist, daß gegen Ende des Jahres — zu diesem Zeitpunkt pflegt die Arbeitslosigkeit zu wachsen — die Einnahmen nicht mehr an den Voranschlag herankommen. Die übrigen Einnahmen bieten nichts Bemerkenswertes. Der Reichsfinanzminister scheint die Entwicklung der Reichsfinanzen sehr optimistisch zu beurteilen. Das ging wenigstens daraus hervor, daß er zunächst darauf verzichten will, den offenen Geld- und Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen, um den Bedarf für die produktive Erwerbslosenfürsorge zu decken. Angeblich reichen die Mittel des Reiches aus, um die Notstandsmaßnahmen, die zuerst in Angriff genommen werden sollen, mit Reichsmitteln zu finanzieren. Bei dieser Gelegenheit wurde von der Regierung das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das vor den Sommerferien schon ausgearbeitet war und vom Reichstag genehmigt wurde, gebilligt, sodaß also der Arbeitsmarkt auch von dieser Seite der schon in den nächsten Wochen beeinflußt werden wird. Ob es der Regierung möglich sein wird, für längere Zeit auf öffentliche Anleihen zu verzichten, halten wir für zweifelhaft. Der Weg, die für die Notstandsmaßnahmen nötigen Kapitalien durch öffentliche Anleihen zu beschaffen, scheint uns bei der augenblicklichen Verfassung des deutschen Geldmarktes übrigens zweckmäßiger zu sein, als die Inanspruchnahme von Reichsmitteln. Die Wirtschaft wird allerdings sowohl durch diesen wie auch durch jenen Weg belastet. Aber es ist sicher angebrachter, der Wirtschaft zunächst durch Stundung und ähnliches möglichste Steuerentlastung zu gewähren, und dafür die verfügbaren Gelder dem Geldmarkt zu entnehmen. Durch den letzten Weg wird die Wirtschaft wenigstens nur mittelbar mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge belastet. Die Regierung scheint den Schwerpunkt ihres Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit auf den Bau von Wohnungen zu legen. In der Tat wird damit einem sehr fühlbaren Bedürfnis entsprochen. Auf keinen Fall dürfen aber die übrigen in Aussicht genommenen Notstandsmaßnahmen darunter leiden.

Die Arbeitslosigkeit ist nach den neuesten statistischen Berechnungen um etwa vier Prozent zurückgegangen. Da die statistischen Methoden nicht sonderlich einheitlich sind, ist es allerdings möglich, daß die Besserung des Arbeitsmarktes nur eine rechnerische aber keine tatsächliche ist. Es ist außerdem nicht ausgeschlossen, daß ein großer Teil der Erwerbslosen, der jetzt nicht mehr von der Statistik erfaßt wird, nicht Arbeit gefunden hat, sondern ausgesteuert worden ist. Falls eine Besserung tatsächlich vorhanden ist, so geht sie selbstverständlich noch nicht auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung zurück. Diese können sich erst auswirken, wenn die Notstandsarbeiten in Angriff genommen worden sind, was bisher höchstens im Wohnungsbau in kleinerem Umfange der Fall ist. Nachdem die Anleihen an Post, Reichsbahn usw. vom Kabinett gebilligt worden sind, werden auch die von diesen Instituten vorgesehenen Arbeitsprogramme demnächst in Angriff genommen werden.

Im großen und ganzen sieht die Entwicklung der Reichsfinanzen nicht ungünstig aus. Man muß sich aber hüten, das verhältnismäßig gute Ergebnis des Juli zu verallgemeinern, weil im Laufe dieses Monats viele am Halbjahresultimo fälligen Zahlungen eingelaufen sind. Die nächsten Monate können unter Umständen wieder eine große Enttäuschung bringen, zumal noch recht ungewiß ist, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in der nächsten Zeit entwickeln werden.

Minister Dr. Reinhold über die Reichsfinanzen.

Günstige Entwicklung der Finanzlage.

Wie aus dem Reichsfinanzministerium verlautet, rechnet man damit, daß die in den nächsten Tagen vorliegenden Juli-Ergebnisse der Reichssteuereingänge außergewöhnlich günstig sein werden, indem sie mit einem Eingangsbestand von insgesamt 708 Millionen RM. erheblich über den bisherigen Quartalmonaten liegen werden. Wie Reichsminister Reinhold anläßlich einer Pressebesprechung ausführte, wird trotz der Steuermilderungen der fiskalische Ausfall durch steigende Erträgnisse mehr als wettgemacht. Entscheidend habe hier die Besserung der Wirtschaftslage mitgewirkt. Die Entwicklung der Steuererträge aus dem Lohnabzug zeige, daß die Einschränkung der Arbeitsstunden die Erträgnisse trotzdem nicht ungünstig beeinflußt habe. Die Einkommensteuer aus freiem Einkommen ergebe vermutlich nicht unwesentlich höhere Beträge, als man sie geschätzt habe. Auch die Umsatzsteuer zeige steigende Tendenz. Die Zölle würden für das Etatsjahr voraussichtlich 200 Millionen RM. mehr erbringen, als im Voranschlag eingesetzt wurde. Ueber Erwarten günstig seien ferner, wie der Minister weiter ausführte, die Eingänge aus den verpfändeten Einnahmen, indem im Juli mit 227 Millionen RM. gegenüber den bisherigen Eingängen eine Höchstzahl erreicht wurde. Demnach ist am 31. Juli der Etatsvoranschlag des Reichsfinanzministeriums für die ersten vier Monate durch die bisherigen Steuereingänge um einige Millionen übertroffen. Vermutlich ergebe sich auch für das ganze Etatjahr eine Mehreinnahme aus Steuern gegenüber dem Vorjahre. Die bisherigen Ausgaben hätten sich durchaus im Rahmen des Voranschlages gehalten. In der Verwaltung seien sogar Einsparungen möglich gewesen. Die Nachforderungen würden sich auf Mittel für die Erwerbslosenfürsorge und für die Ablösung von Altbesitz erstrecken, die stärker in Anspruch genommen werde, als man im Reichsfinanzministerium erwartet habe. Was die Kassenlage anbetrifft, so habe die Reichsfinanzverwaltung von der Möglichkeit, bei der Reichsbank ein Debet bis zu 100 Millionen RM. in Anspruch zu nehmen, noch keinen Gebrauch gemacht. Der Anleihemarkt werde für eine Reichsanleihe in den nächsten Monaten noch nicht in Anspruch genommen. Der Minister sprach sodann von der Belastung des Reichsetats durch die Erwerbslosenfürsorge und stellte über die gegenwärtigen Maßnahmen hinaus in Aussicht, daß auf weite Sicht ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm unter Zugrundelegung inländischen Materials zur Durchführung kommen werde.

Reichskabinett und Außenpolitik.

Nachdem am Freitag vormittag im Auswärtigen Amt ergänzende Mitteilungen des deutschen Botschafters in Paris in der Frage der Besatzungserleichterungen eingegangen waren, trat das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers am späten Nachmittag zu der angekündigten wichtigen Sitzung zusammen, um sich mit den schwebenden außenpolitischen Fragen zu beschäftigen.

Zunächst erstattete der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein ausführliches Referat über die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung stehenden Fragen. Zu einem Beschluß ist das Kabinett naturgemäß noch nicht gekommen, weil man zunächst das Ergebnis der Beratungen der Studienkommission abwarten will, die am 28. August in Genf zusammentreten wird, um nochmals den Versuch zu machen, eine Einigung in der Frage der nichtständigen Ratssitze zu erzielen.

Zu den Kabinettsberatungen.

Zu den Beratungen des Reichskabinetts über das Arbeitsbeschaffungsprogramm, die am Donnerstag stattfanden, weiß die Voss. Ztg. mitzuteilen, daß vor allem eine Belebung des Baumarktes herbeigeführt werden soll. Zu diesem Zweck schwebten Kreditverhandlungen mit den Ländern. Ein 100 Millionen-Kredit würde beispielsweise 20 000 neue Wohnungen schaffen können, wodurch 60 000 Bauarbeiter 12 Monate lang Arbeit hätten.

Zu den Besprechungen in der gestrigen Kabinettssitzung über das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Reichsbahn melden die Blätter, daß die Verhandlungen über die von der Reichsregierung gewünschte Sicherung einer künftigen Beteiligung der Reichsregierung an den Beschlüssen des Verwaltungsrats der Reichsbahn zunächst fortgeführt werden sollen, bevor eine Entscheidung des Reichskabinetts über die Wahl Dr. Dorpmüllers zum Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft erfolgt.

Begnadigung deutscher und russischer Verurteilter.

Der Germania zufolge soll das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung seine Zustimmung dazu erteilt haben, daß der zum Tode verurteilte und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte russische Kommunist Sokolewski vollständig begnadigt und aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werde. Der gleichen Zeitung zufolge soll sich die Sowjetunion ihrerseits entschlossen haben, 14 Reichsangehörige, darunter auch die drei im vorigen Jahr in Moskau zu schweren Strafen verurteilten Studenten, zu begnadigen.

Der Streit um das Reichsehrenmal.

Noch keine Entscheidung.

In politischen Kreisen hatte man erwartet, daß das Reichskabinett in diesen Tagen einen Beschluß bezüglich des Reichsehrenmales für die im Weltkriege Gefallenen fassen werde. Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß sich das Kabinett bisher mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigt habe, auch sei es noch nicht bestimmt, ob die Reichsregierung in Kürze dazu Stellung nehmen werde. Damit werden die noch anhaltenden großen Meinungsverschiedenheiten über die Wahl des Ortes für das Ehrenmal bestätigt. In politischen Kreisen erwartet man nunmehr ein Eingreifen des Reichspräsidenten, um dem unwürdigen Streit endlich ein Ende zu bereiten. Zweifellos werden sich die Verbände einem entsprechenden Vorschlage des Reichspräsidenten ohne weiteres fügen.

Reichstag und Reichsehrenmal.

Der Reichstagsabgeordnete Wallraf hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet: „Ich bitte Sie, die Entscheidung über das Reichsehrenmal nicht ohne Mitwirkung des Reichstages zu treffen."

Der Bau des Elster-Saale-Kanals gesichert.

Leipzig. In einer Vorstandssitzung des Kanalvereins Berlin-Leipzig, die am Freitag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Bellan-Eilenburg in der Handelskammer abgehalten wurde, teilte Oberbaurat Dr. Mackowsky von der Kreishauptmannschaft Leipzig mit, daß der Bau des Elster-Saale-Kanals als gesichert gelten könne, da sich die finanziellen Schwierigkeiten beheben lassen dürften. Die geplante Kanallinie — vom Lindenauer Hafen südlich von Burghausen durch den Bienitz-Dölzig-Günthersdorf bis zur Einmündung in die Saale bei Kretzschau — sei vom Reichsverkehrsministerium genehmigt. Für den Kanal von Torgau nach Leipzig habe sich eine Aenderung des Anschlusses an den Elster-Saale-Kanal notwendig gemacht. Der Torgauer Kanal solle nördlich von Taucha bei Wöritz nach Westen abbiegen, dann an Seegeritz, Plaußig, Seehausen, Wiederitzsch vorbeiführen und über Lützschena und Quasnitz bei Dölzig den Anschluß erreichen. Diese veränderte Linienführung des Torgauer Kanals wurde von der Versammlung gutgeheißen.

Island 1930 Republik.

In der Reykjaviker Zeitung Morgunbladid erklärt der isländische Politiker Einar Benediktsson, Island müsse im Jahre 1930 anläßlich des tausendjährigen Bestehens seines Altings allen Großmächten ein Manifest zustellen, in dem die Stellung Islands nach außen hin eingehend beleuchtet und auf die Verdienste hingewiesen werde, die sich Island für die Erhaltung einer für die Weltkultur so wichtigen Sprache erworben habe. Gleichzeitig müsse die Wiedereinführung der Republik beschlossen und den Mächten mitgeteilt werden. Denn das Bündnis mit Dänemark sei unnatürlich und könne niemals von dauerndem Bestande sein. Es sei nur ein vorübergehender Ausweg, und Dänemark selbst sei seiner Ansicht nach des unnatürlichen Bündnisses mit Island auch bereits müde. Allerdings sei zur Wiedereinführung der Republik die Schaffung geordneter parteipolitischer Verhältnisse, sowie einer starken von dem Parteihader unabhängigen Regierung notwendig.

Ein Kabinettstück bayrischer Braukunst ist „Würzburger Hofbräu" Man verlange es überall. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 49.